

# **DIE LINKE.** **| KONTAKT**

INFORMATIONSBLETT DES KREISVERBANDES EICHSFELD **AUSGABE AUGUST 2016**

AKTUELL  
EHRlich  
KOMPETENT

Liebe Genossinnen und Genossen!

Wie jedes Jahr lädt DIE LINKE am 1. September anlässlich des Weltfriedentages alle Bürgerinnen und Bürger zum Besuch ihres Informationsstandes in der Heiligenstädter Fußgängerzone ein. Schön wäre es, am Weltfriedenstag tatsächlich den Frieden feiern zu können. Allerdings scheinen die Uhren seit einiger Zeit weniger auf Frieden und Entspannung, sondern mehr auf Provokation und Eskalation gestellt. Während der scheidende US-Präsident Obama zu Beginn seiner ersten Amtszeit 2009 noch die atomare Abrüstung zum Regierungsziel erklärt hat, billigte er nun die Modernisierung des US-Atomarsenals – dementsprechend werden auch die in Deutschland gelagerte Atomsprenköpfe modernisiert. DIE LINKE kritisiert in diesem Zusammenhang nicht nur die geplante Modernisierung, sondern auch generell die Stationierung von US-Atomwaffen in Deutschland und fordert den sofortigen Abzug. Eine weitere Problemstellung ergibt sich in diesem Zusammenhang durch die Möglichkeit, dass im Rahmen der NATO Deutschland und andere NATO-Mitgliedsstaaten im Kriegsfall dazu ermächtigt werden können, Angriffe mit den US-Atombomben zu fliegen. Obwohl dies eigentlich einen Bruch des Vertrages über die Nichtverbreitung von Atomwaffen darstellt, scheint es in der Bundesregierung kein Interesse am Abzug amerikanischer Atomwaffen von deutschem Staatsgebiet zu geben.



Ein Foto des Infostandes zum Weltfriedenstag aus dem Jahr 2015

Die Stationierung von Nuklearwaffen in Deutschland und Europa wird von russischer Seite als Provokation aufgefasst und wird entsprechende Modernisierungsaktionen dieser nach sich ziehen. Diese Eskalations- und Abschreckungspolitik führt zu einer Aufrüstungsspirale, wie man sie aus dem kalten Krieg kennt und hat mit einer friedlichen und demokratischen Außenpolitik nichts zu tun. Die Sicherheit der Menschen in Europa, Russland und generell auf der Welt darf nicht zum Spielball macht- und geopolitischer Interessen werden. DIE LINKE fordert deshalb den sofortigen Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland und den Austritt aus der NATO, die durch ein gesamteuropäisches Sicherheitskonzept unter Einbeziehung Russlands ersetzt werden soll.

Eine weitere unerträgliche Nachricht: 2015 rangierte Deutschland erneut auf dem dritten Platz der größten Rüstungsexporteure. Kunden waren unter anderem Diktaturen wie Saudi-Arabien oder Katar, die vom Wirtschaftsminister Gabriel (SPD), welcher die Waffenexporte eigentlich verringern wollte, hofiert. DIE LINKE fordert, dass dieses Geschäft mit dem Tod endlich ein Ende finden muss, zumal Staaten wie Saudi-Arabien im Verdacht stehen, Terrormilizen zu unterstützen.

Deutschland muss seiner internationalen Verantwortung gerecht werden und sich für Frieden in Europa und der Welt einsetzen. Provokationen gegen Russland sind unangebracht und unerträglich, vor allem in Anbetracht der deutschen Geschichte. Die Sowjetunion und die Rote Armee trugen einen essentiellen Teil zur Bekämpfung des Hitler-Regimes bei und hatten dabei 27 Millionen Todesopfer zu beklagen. Auch die Wiedervereinigung Deutschlands und der daraus resultierende Abzug von russischen Atomwaffen und Soldaten aus dem ehemaligen Staatsgebiet der DDR wäre ohne die konstruktive Zusammenarbeit mit der Sowjetunion nicht möglich gewesen. Deshalb wird eine europäische Sicherheitspolitik auch niemals gegen Russland, sondern nur mit ihm möglich sein – und dafür steht auch DIE LINKE.

### **Vorschlag Ingeborg Wiegand zu einer Urlaubsreise nach Kuba**

Für das nächste Jahr, voraussichtlich März/April, plane ich eine Reise nach Kuba. Grob stelle ich mir das so vor:

Flug Frankfurt - Havanna - Frankfurt, Dauer ca. 3 Wochen, Rundreise mit Kleinbus (Selbstfahrer), Besuch der Cuba Sí, Übernachtung in kleinen Hotels/Pensionen. Weitere Gestaltungsvorschläge sind willkommen. Die Kosten werden ca. 3.000€/Person betragen.



Kuba: bekannt für Sozialismus, unberührte Sandstrände und Zigarren

Wer hat noch Lust auf einen Kuba-Trip? Bitte melden bei Ingeborg Wiegand, [asinus.01@gmail.com](mailto:asinus.01@gmail.com)

Liebe Grüße

Ingeborg

Kurz notiert:

- Thüringer LINKEN-Vorsitzende Susanne Hennig Wellsow schlägt Sahra Wagenknecht für die Spitzenkandidatur der LINKEN für den Bundestagswahlkampf 2017 vor. Wagenknecht sei die "bekannteste und in großen Teilen auch populärste Linke-Politikerin in Deutschland", an ihr führe kein Weg vorbei. Mit Wagenknecht habe die Partei 2017 die besten Chancen – wobei die Fraktionschefin in einer Doppelspitze mit Bundesparteichefin Katja Kipping antreten sollte.

- Nach Einschätzung der Bundesregierung hilft der türkische Präsident Erdogan militanten islamistischen Organisationen. Das geht laut ARD aus einem vertraulichen Schreiben hervor.

- DIE LINKE Vorsitzende Bernd Riexinger wirft der Bundesregierung vor, die öffentliche Gesundheitsversorgung vor die Wand zu fahren. Er forderte erneut, die Zusatzbeiträge gleichmäßig auf Arbeitnehmer und Arbeitgeber aufzuteilen. Außerdem warb der Linken-Chef für die Bürgerversicherung, in die alle Bürgerinnen und Bürger einzahlen sollen

## Das Sommerinterview mit Bodo Ramelow im MDR – die wichtigsten Aussagen zusammengefasst

Das Sommerinterview mit Ministerpräsident Ramelow führte die MDR Moderatorin Susann Reichenbach. Direkt zu Beginn forderte sie Ramelow heraus und verwies auf den „Thüringen Trend“, der DIE LINKE in Umfragen für die nächste Landtagswahl bei 25% sieht (bei der Landtagswahl 2014 waren es 28,2%). Auf die Frage, ob dies daran liegen würde, dass DIE LINKE nicht viel mehr zu bieten habe als Bodo Ramelow, antwortete dieser „Ich finde, Bodo Ramelow ist schon ganz schön viel und 25% ist noch viel mehr!“. Zufrieden sei er aber dennoch nicht, verwies allerdings auf Landesvertretung der LINKEN Thüringens im Bundestag, die in Umfragen auf weitaus schlechtere Werte kommt (17%).

Reichenbach fragte auch, wieso DIE LINKE so viele Wähler an die AfD verliere (die AfD liegt in Thüringer Umfragen momentan bei 19%). Ramelow stellte klar, dass es von allen demokratischen Parteien Wanderungen hin zur AfD gebe, die größte jedoch von den Nichtwählern. Zudem habe die parlamentarische Demokratie nicht mehr genügend Kraft an Ausstrahlung, „[...] wir signalisieren offenkundig die Probleme der Menschen nicht schnell genug lösen zu können“, so Ramelow.



Bodo Ramelow mit MDR-Moderatorin Susann Reichenbach, Bildrechte: MDR/Michaela Schenk

Den CDU Vorgängerregierungen warf Ramelow im Interview Feigheit vor, da sie sich nicht getraut haben, die notwendige Kommunal- und Gebietsreform in Kombination mit der Verwaltungsreform anzugehen. Diese strittigen Themen anzupacken sei nötig, um das Land „zukunftsfest“ zu gestalten. Die Moderatorin merkte an, dass die Mehrheit der Thüringer nach den Wahlen nun allerdings gegen die geplanten Reformen sei und fragte, ob diese denn nicht das Recht hätten, von ihm gehört zu werden. „Im Gegensatz zu den Umfragen habe ich zur Wahl gestanden“, entgegnete der Ministerpräsident. DIE LINKE sei mit dem Versprechen in den Wahlkampf gezogen, im Parlament eine Mehrheit für die Kommunal-, Gebiets- und Verwaltungsreform zu suchen – dieses Versprechen habe sie eingelöst. Am Prozess an sich wird Ramelow mit seiner Regierung daher nicht rütteln, an den einzelnen Entwicklungsstellen wird die Regierung aber weiterhin offen für gesellschaftlichen Mitsprache sein.

Susan Reichenbach merkte an, dass viele Menschen in Deutschland, auch Linksliberale, sich fragen, ob die Integration von über 1 Million Menschen, die alle auf einmal ins Land kommen, zu schaffen sei und fragte den Ministerpräsidenten anschließend, ob diese Integration überhaupt möglich ist. Ramelow antwortete: „Also um es klar zu sagen: Nein, ist es nicht.“ Der Ministerpräsident hätte sich einen geordneten Zuzug und eine europäische Kontingentlösung gewünscht. Jedoch seien die Menschen nun da und er wolle sie auch nicht vertreiben. Deshalb forderte er einen Modernisierungsprozess für das Staatsbürgerrecht, ein Zuwanderungsgesetz sowie ein europäisches Asylrecht.

Auf die Frage, wo Ramelow sei, würde bei der Bundestagswahl 2017 eine Rot-Rot-Grüne Regierung gewählt, entgegnete dieser „In Thüringen“.